

# Energiepolitik – industrielle Zukunftsperspektive durch Sicherheit und Wirtschaftlichkeit

*Hubertus Schmoldt*

*Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie (IG BCE)  
Mitglied des Kuratoriums der Kunststoff-Industrie*

**Vortrag auf der öffentlichen Sitzung des Kuratoriums der Kunststoff-Industrie „Energiepolitik – Zwischen Klugheit und Verschwendung“ in Hannover am 30. November 2006.**

**S**ehr geehrter Herr Professor Hoffmann, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Stephan Weil, sehr geehrte Frau Klaudia Martini, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich herzlich beim Kuratorium, dass es den Tagungsort Hannover gewählt hat. Das Thema „Energiepolitik zwischen Klugheit und Verschwendung“ scheint mir sehr weitsichtig gewählt worden zu sein. Man hat auch schon Zeiten erlebt, in denen die Politik das Thema Energiepolitik eher randständig behandelt hat, und deshalb ist es gut und richtig, wenn auch wir – als ein wesentlicher Energieverbraucher – uns diesem Thema zuwenden und versuchen, darauf unsere Antworten zu geben.

Ich denke, dass die Positionsbeschreibung meiner Organisation nicht jedem gefallen wird. Nur Dinge zu sagen, die jedem gefallen, wäre andererseits nicht sonderlich spannend. Ich will das eine oder andere sagen, was nicht jeder in diesem Raume teilen wird.

Zunächst bezeichnet sich unsere Organisation – und darauf sind wir stolz – als eine Multi-Branchen-Organisation. Wir haben den Spagat bisher gut bewältigt, innerhalb dieser Branchen von der Energieerzeugung mit sehr eigenständigen Interessen bis hin zu sehr großen energieverbrauchenden Branchen einen Bogen zu spannen, der immer unter einer Fragestellung gestanden hat: Wie können wir als IG BCE mit unserer Politik dazu beitragen, dass der Industriestandort Deutschland mit wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen eine Zukunft hat? Dies ist auch das Leitmotiv unserer Organisation, das uns mit Sicherheit auch in den nächsten Jahren als wesentliche Fragestellung begleiten wird. Daher versuchen wir auch gerade in diesen Themen unsere Antworten in den Diskussionsprozess zu bringen.

Ich hoffe, dass inzwischen jedem auch in der Politik bewusst ist, dass ein Industriestandort Deutschland ohne bezahlbare und jederzeit verfügbare Energie kaum Chancen und Perspektive für Wachstum hat. Und insofern ist es auch sehr begrüßenswert, dass wir dieses Thema nicht nur aus Deutschland heraus behandeln, sondern dass sich inzwischen auch die Europäische Kommission mit ihrem Lissabon-Prozess auf den Weg gemacht hat, Europa als eine Industrieregion im internationalen, im globalen Wettbewerb als eine Zukunftsregion aufzustellen.

Was ich in der Lissabon-Strategie vermisste, ist – neben der industriepolitischen Betrachtung – auch eine energiepolitische Perspektive. Das soll nun nicht heißen, dass sie ins Klein-Klein gehen und den einzelnen Mitgliedsländern jede Aktivität vorschreiben sollte. Aber Industriepolitik ohne Energiepolitik ist immer nur die Hälfte einer notwendigen doppelten Vorgehensweise. Wir haben diese sehr unterschiedlichen Branchen in unserem Organisationsbereich und freuen uns darüber,

dass die Kunststoff-Industrie sich inzwischen zu einer Wachstumsindustrie entwickelt hat. Leider müssen wir in anderen Branchen eher das Gegenteil feststellen, dort wird Personal abgebaut.

Die Kunststoff-Industrie hat glücklicherweise eine andere Perspektive, nämlich eine Wachstumsperspektive, und damit ist auch ein bescheidener Zuwachs an Beschäftigung verbunden. Und sie hat natürlich eine vielfältige Bedeutung. Zum einen ist die Herstellung und Verarbeitung von Kunststoffen ein sehr energieintensiver Prozess. Daraus resultiert für die Industrie selbst die permanente Herausforderung, ihre Produktionsprozesse so zu optimieren, dass sie möglichst wenig Energie in die Prozesse stecken muss und damit natürlich auch entsprechende Kosteneinsparungen realisieren kann. Dazu werden die nachfolgenden Referenten noch einiges sagen.

Auf der anderen Seite trägt gerade die Kunststoff-Industrie – eine Tatsache, die viel zu wenig beachtet wird – mit innovativen Produkten dazu bei, den Energieverbrauch bei den Anwendern, den Weiterverarbeitern und auch den Endverbrauchern zu senken. Zu den bekanntesten Beispielen gehören Kunststofffenster oder Dämmmaterialien.

Mit Blick auf diese Schonung der Ressourcen, der sich auch die Kunststoff-Industrie verpflichtet hat, sind für mich zwei Aspekte besonders erwähnenswert. Erstens tragen die mittlerweile ausgereiften Recyclingangebote für Kunststoffprodukte in Verbindung mit einem spürbaren Anstieg der verwerteten Mengen zur Senkung des Rohstoffeinsatzes und damit natürlich auch zur Energieeinsparung bei. Zum zweiten nimmt der Einsatz nachwachsender Rohstoffe in der Kunststoff-Industrie zu. Dies ist nicht etwa eine Entwicklung der letzten Jahre unter dem Eindruck steigender Ölpreise, sondern eine jahrzehntelange Erfahrung beispielsweise im Umgang mit Polymeren auf der Basis von Zellulose.

Zu diesem Prozess gehört natürlich auch die Diskussion um die Verwendung und Anwendung der Bio- und Gentechnologie und die Nutzung von Pflanzen im Rahmen der Kunststoffherzeugung. Wer hier auch Energieressourcen schonen will, muss sich wohl oder übel auch mit der grünen Gentechnologie auseinandersetzen. Es wirkt ansonsten unglaublich, wenn man einerseits über Ressourcenschonung redet oder auch über Biomasse als Energieträger, und andererseits nicht gleichzeitig das Thema grüne Gentechnologie offen diskutiert. Dazu gehören auch die Risiken, aber eben nicht nur die Risiken – dies ist leider eine typisch deutsche Verhaltensweise. In einem Wort, der Einsatz auch von Pflanzen als Rohstoffbasis nimmt in der Kunststoff-Industrie permanent zu.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer in einem Unternehmen der Kunststoff-Industrie als Manager oder als Betriebsrat Verantwortung trägt, weiß um die Brisanz des Themas Rohstoffe und Energiekosten. Ohne eigene Ölreserven sind wir in Deutschland auf die Preisgestaltung auf dem Weltmarkt angewiesen. Das war in den 90er Jahren mit Sicherheit angenehm, als die Preise für Erdöl fielen. Es hat Spielräume geschaffen, die die Bundesregierung genutzt hat, um ihre Ökosteuerpläne auf den Weg zu bringen. Dass vieles davon uns als Gewerkschaften nicht gefallen hat, werden Sie wissen. Ich nehme für die IG BCE in Anspruch, dass wir die einzige Gewerkschaft waren, die sich in der Auseinandersetzung um die Vertretbarkeit von Ökosteuer-Aktivitäten mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Zukunft der Arbeitsplätze in dieser Branche, aber auch in anderen Branchen, engagiert eingesetzt hat – mit vorzeigbarem Erfolg, wie ich meine.

Inzwischen gehen die Ölpreise nach oben. Und wer einen Blick auf die politische Lage in den Ländern, aus denen wir im Wesentlichen Öl beziehen, wirft, dem muss schon Sorge bereiten, wie wir uns in Zukunft diesen Zugang und damit auch die Ressource Öl als Importprodukt erhalten. Hinzu kommt, dass die Schwellenländer zunehmend ebenfalls ihren Energiehunger stillen müssen und es einen größeren Wettbewerb um die geringer werdenden Ressourcen auf diesem

Weltmarkt gibt – dies erhöht am Ende nicht nur die Nachfrage, sondern auch die Preise. Was können wir in diesem Zusammenhang beeinflussen? Natürlich zunächst einmal die Frage, was wir in Deutschland im Rahmen eines energiepolitischen Konzeptes tun können. Die Politik hat sich zu lange davor gedrückt, das schwierige Thema Energiepolitik – in einer rot-grünen Koalition sicherlich besonders schwierig – zu einem wesentlichen politischen Themenfeld zu machen. Man hat sich zu lange auch darauf verlassen, dass doch möglicherweise die Energiepreise wieder fallen und es sich nur um kurzfristige Peaks handelt.

Ich habe deshalb sehr begrüßt, dass die Bundeskanzlerin den Energiegipfel 2006 auf den Weg gebracht hat. Wir hatten ja schon bei der Vorgängerregierung ein Energiekonzept mit dem Namen Energie-Agenda 2020 eingefordert, leider war dies nicht politisch umsetzbar. Es hat zwei Treffen gegeben, am 3. April 2006 und 9. Oktober 2006.

Es wird ein weiteres Treffen im März 2007 geben und ich hoffe, dass es dann gelingt, für Deutschland eine Energieagenda auf den Weg zu bringen, welche die nationale energiepolitische Position beschreibt und diese in ein europäisches Energiekonzept einbettet. Wir, die IG BCE, sind die einzige Gewerkschaft, die in diesem Energiegipfel vertreten ist. Das hat, wie Sie sich denken können, bei meinem Kollegen, dem Vorsitzenden der Gewerkschaft ver.di, keine Freude ausgelöst. Der zweite Punkt, der uns in dem Zusammenhang des Energiegipfels umtreibt, ist der wenig glückliche Ideenwettbewerb zwischen Bundesumweltminister Gabriel und Bundeswirtschaftsminister Glos. Es gibt zurzeit kein in sich stimmiges und miteinander abgestimmtes Regierungskonzept.

Welche Vorstellungen hat die IG BCE zu den einzelnen Positionen im Rahmen dieser energiepolitischen Diskussion? Zunächst das Thema Versorgungssicherheit. Der Energiebedarf steigt und es ist schon eine signifikante Zahl, wenn wir davon ausgehen müssen, dass der Energieimport in die EU im Zeitraum von 2003 bis 2020 noch einmal um über 55 Prozent wachsen wird. Ich hatte schon gesagt, dass die Länder, aus denen wir derzeit Energie beziehen, künftig selber einen großen Teil dessen, was sie heute exportieren, zur eigenen Energieversorgung brauchen. Insoweit ist es richtig, wenn der neue Bundesaußenminister Steinmeier auch eine energiepolitische Außenpolitik betreiben will. Die Frage hierbei ist: Wie können wir unsere nicht zu leugnende Abhängigkeit insoweit etwas minimieren und zumindest die Erpressbarkeit dergestalt reduzieren, dass man mit den Energielieferanten zu einem Netzwerk von gegenseitigen Beziehungen kommt, so dass es auch dem Lieferanten schwer fällt, uns mit der Bedrohung verweigerter Belieferung zu erpressen?

Wir haben uns immer für eine Fortsetzung des bestehenden Energiemix eingesetzt, natürlich auch mit der Kernkraft. Und wir hoffen daher, dass auch als Ergebnis dieses Energiegipfels dieser Energiemix fortgeschrieben wird. Wir wissen, dass es im Rahmen des Energiemix Verschiebungen geben wird. Uns wird oft fälschlich unterstellt, dass wir gegen regenerative Energie sind, aber tatsächlich geht es uns darum, dass beim künftigen Energiemix über die Frage nach der ökologischen Verantwortung die ökonomische Vernunft nicht vergessen wird. Beides muss in Einklang gebracht werden. Man muss auch die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und auf die Arbeitsplätze beachten, die bestimmte energiepolitische Entscheidungen zur Folge haben.

Zu den einzelnen Energiequellen möchte ich sagen: Die deutsche Ölförderung ist zunehmend randständig. Auch wenn ein großes Unternehmen aus der Pfalz daran noch eine Menge Geld verdient, ist es doch absehbar, dass die 3 Prozent, die derzeit zum deutschen Rohölbedarf beitragen, zunehmend weiter absinken wird. Es ist bemerkenswert, dass es in Deutschland mittlerweile kein Unternehmen mehr gibt, das in der Erdölförderung Upstream und Downstream zusammen in einem Unternehmen verknüpft.

Auch beim Thema Erdgas haben diese Unternehmen in Deutschland eine vergleichsweise gute Position. Immerhin konnten wir 2005 unseren Erdgasverbrauch zu 20 Prozent aus heimischen Quellen decken, aber auch hier nimmt unsere Unabhängigkeit ab. Es ist wichtig, dass man sich zu den heimischen Energieressourcen bekennt. Das sage ich nicht nur mit Blick auf die Steinkohle – auf die komme ich noch zu sprechen – sondern auch mit Blick auf Öl und Erdgas. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass einige Bundesländer, die von der Förderung profitieren, im Wesentlichen Niedersachsen, das Thema nicht angemessen zu seiner gebotenen politischen Bedeutung behandelt haben. Sie haben nur über die Förderabgaben nachgedacht, aber dies ist eine Haltung, die die Initiative zur Erschließung und Produktion eher hemmt.

Zu den heimischen Energieträgern gehören die Braun- und die Steinkohle. Die Braunkohle ist ein wettbewerbsfähiger Energieträger, solange das Thema CO<sup>2</sup> nicht als Killer für den Einsatz der heimischen Braunkohle genutzt wird, sondern man sich darüber Gedanken macht, wie man auch die Braunkohle mit einem zweifelsfrei höheren CO<sup>2</sup>-Ausstoß verantwortbar einsetzen kann. Mit den CO<sup>2</sup>-freien Kraftwerken gibt es ja erste Aktivitäten von Vattenfall und RWE.

Das gilt gleichermaßen für die Steinkohle. Der Beitrag der Steinkohle in Deutschland zur Energieversorgung nimmt ab. Wir haben gestern einen weiteren Versuch unternommen, einen Konsens in der Frage des künftigen Beitrages der deutschen Steinkohle herbeizuführen. Leider ist das noch nicht gelungen. Dabei geht es nicht nur um die heimische Energieressource Steinkohle, sondern auch um die Zukunft der RAG, genauer gesagt um den weißen Bereich. Wir sind – wissend, dass die eigenen Erzeugungskosten höher sind als die Importpreise – für die Beibehaltung der heimischen Steinkohleförderung, weil wir uns den Zugang zur Steinkohle nicht verbauen lassen wollen. Wenn man einmal aus der eigenen Förderung ausgestiegen ist, dauert es 8 bis 10 Jahre, um wieder in Deutschland Steinkohle fördern zu können. Und ein ganz wichtiges EU-Argument, auch mit der Bewilligung von Subventionen, ist die Möglichkeit, sich den Zugang zu den heimischen Energieressourcen zu erhalten. Das kann man nur mit einem lebenden Bergbau.

Beim Thema Kernkraft will ich keine Diskussion über den Ausstieg aus dem Ausstieg führen, aber ich will doch etwas Nachdenklichkeit erzeugen. Wir akzeptieren den politischen Beschluss, den Deutschland gefasst hat. Allerdings haben wir zum damaligen Zeitpunkt, als dieser Konsens verabredet wurde, schon davor gewarnt, auch aus der Kernkraftforschung auszusteigen. Wenn man neben dem Ausstiegsbeschluss sich auch aus der Forschung verabschiedet, bedeutet das den Fadenriss in der Technologie. Und es hat noch niemand bestritten, auch nicht die erbittertsten Kernkraftgegner, dass die deutsche Kerntechnologie wohl zu den sichersten auf der Welt gehört. Und wenn man Verantwortung für nachwachsende Generationen wahrnehmen will, muss man zumindest mit dafür sorgen, dass die Technologie weiterentwickelt wird und damit die sicherste Technologie zum Einsatz kommt. Immerhin sind weltweit 434 Kernkraftwerke am Netz, und es sieht nicht so aus, dass die Welt dem deutschen Beispiel gefolgt wäre. Ganz im Gegenteil: Die Länder, an denen wir uns orientiert haben, ich möchte Schweden nennen, denken inzwischen über einen anderen Weg nach. Deshalb ist die Frage der Technologieforschung so wichtig. Wenn nur noch fünf oder sechs Studenten ein Kernphysik-Studium aufnehmen, wird uns das irgendwann aus diesem Bereich herauswerfen. Und ob uns das im Zusammenhang mit Energiepolitik und Sicherheit gut tut, wage ich sehr zu bezweifeln.

Ansonsten wird auch der Energiegipfel im März 2007 das Thema Kernkraft nicht ausklammern können. Natürlich wollen diejenigen, die jetzt die Laufzeitübertragungsanträge stellen, über den nächsten Wahltermin hinaus. Das sollte man in aller Offenheit sagen. Aber vielleicht kehrt ja doch ein bisschen mehr Vernunft ein. Ich gebe zu bedenken, dass niemand heute schon sagen kann, wie denn die ca. 30 Prozent Stromproduktion, die aus Kernkraft stammt, ersetzt werden

können. Zumindest nicht unter ökonomischen Gesichtspunkten, und meines Erachtens auch nicht unter technologischen Gesichtspunkten, mit Blick auf die nachwachsenden Rohstoffe und die erneuerbaren Energien.

Wir sind für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien. Wir haben uns gegen die sehr einseitige politische und sehr kostenintensive Förderung dieses Bereiches gewandt, insbesondere natürlich der Windkraft, die inzwischen ja immer mehr an Unterstützung erfährt. Ich sage nicht an Subvention, weil man auch anderweitig ohne direkte Subventionen unterstützen kann, über die Ökosteuer und andere Maßnahmen wie die Einspeisevergütung. Der Betrag, der dort inzwischen die Verbraucher belastet, ist deutlich größer als der, den die deutsche Steinkohle als direkte Subventionen bekommt.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
wir wissen um die Bedeutung der Energiekosten für die Zukunft des Industriestandortes Deutschland und deshalb sehen wir mit Sorge, wie der Strompreis in Deutschland sich in den letzten Jahren nach oben bewegt hat. Ich will heute nicht das Ergebnis einer Arbeitsgruppe vorwegnehmen, die der Energiegipfel eingesetzt hat, um zu klären, welche Kostenbestandteile den Energieerzeugern zuzurechnen sind und welche politisch administriert sind, damit diese schwierige Diskussion endlich auf eine gemeinsame Grundlage von Fakten gestellt wird. Aber man wird bewerten müssen, ob man weiterhin politisch die Preise nach oben drücken will, mit all den Konsequenzen, die dies hat. Oder ob man dem Hintergrund der internationalen Wettbewerbsfähigkeit stärker Rechnung tragen will.

Das letzte Thema in dem Zusammenhang ist Klimaschutz und Emissionshandel. Es geht um die Umsetzung der Kyoto-Beschlüsse und wir sind jetzt dabei, den zweiten Schritt in der Frage Emissionshandel für die Periode 2008 bis 2012 vorzubereiten. Ich will nur feststellen, dass erstens die europäische Überprüfung der Umsetzung der ersten Stufe noch nicht vorliegt. Nach dem, was man bisher weiß, sind wir unter den vergleichbaren großen europäischen Industrienationen das Land, das die Umsetzung und die zugesagten Reduzierungsziele am weitesten vorangetrieben hat. Und wir werden in 2012 immerhin eine Belastung aus dem Emissionshandel in einer Größenordnung von rund 15 Milliarden Euro haben. Bei den möglicherweise ansteigenden Zertifikatskosten wird dieser Betrag sogar noch höher sein. Dies ist ein Kostenfaktor, den man nicht bestreiten kann und den man vor dem Hintergrund der innereuropäischen und natürlich auch der globalen Wettbewerbssituation bewerten muss. Dass die energieerzeugende Industrie die kostenlos zugeteilten Zertifikate nicht direkt, aber über die Strombörse in Leipzig nun doch in den Preisen weitergibt, ist ärgerlich. Es sind ‚windfall profits‘ und sie geben natürlich denjenigen, die ohnehin glauben, dass die Energieindustrie das Unglück über unser Land bringt, zusätzliche Nahrung. Es wäre klüger gewesen, man hätte sich hier anders verhalten.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
eine kluge Energiepolitik ist ein Schlüsselthema, auch für die Zukunft des Industriestandortes Deutschland. Insoweit werden wir uns auch künftig in die Diskussion einmischen. Ich hoffe, ich habe heute ein paar wichtige Punkte vortragen können, auch für die anschließende Podiumsdiskussion.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(aus: Interne Dokumentation der Veranstaltung des Kuratoriums der Kunststoffindustrie „Energiepolitik zwischen Klugheit und Verschwendung“, herausgegeben für das Kuratorium der Kunststoff-Industrie von *PlasticsEurope* Deutschland e.V., Frankfurt am Main)